



DREILÄNDER-TAGUNG
„Öffentlicher Dienst und gesellschaftlicher Zusammenhalt“
4. und 5. Mai 2017

Tagungsbericht

Bundesministerium des Innern

in Zusammenarbeit mit

Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften

Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft

Schweizer Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften

Am 4. und 5. Mai 2017 fand in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin die Dreiländer-Tagung „Öffentlicher Dienst und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ statt. Turnusgemäß richtete die Deutsche Sektion die diesjährige Tagung in Zusammenarbeit mit den verwaltungswissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs und der Schweiz aus. Der Tradition der Dreiländer-Tagung entsprechend wurde in jedem Themenblock jeweils ein Referat aus den drei beteiligten Ländern vorgetragen und anschließend mit den Referenten/-innen und dem Publikum diskutiert.

In seiner **Eröffnungsrede** betonte der **Präsident der Deutschen Sektion, Staatssekretär Hans-Georg Engelke**, dass das Thema „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ angesichts der politischen Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU „gar nicht aktueller gewählt sein“ könne. Eine funktionierende Verwaltung und das Vertrauen in die Institutionen seien von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Anschließend richteten Prof. Dr. Manfred Matzka, Präsident Österreichische Verwaltungswissenschaftliche Gesellschaft, und Dr. Barbara Schaerer LL.M., Vorstandsmitglied Schweizerische Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften, Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Staatssekretär Volker Ratzmann, Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund, begrüßte alle Gäste in der Landesvertretung.

Eine Besonderheit der diesjährigen Dreiländer-Tagung war, dass das jährliche Treffen der Abteilungsleiter/-innen Öffentlicher Dienst Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in die Tagung integriert war. Die Vorträge im ersten **Themenblock „Repräsentativität und Diversität als Strukturprinzipien des öffentlichen Dienstes“** waren daher Michael Scheuring, Ständiger Vertreter der Abteilungsleitung Öffentlicher Dienst, Bundesministerium des Innern (Berlin), Mag. Angelika Flatz, Sektionschefin Öffentlicher Dienst, Bundeskanzleramt (Wien) und Dr. Barbara Schaerer LL.M., Direktorin Eidgenössisches Personalamt (Bern), vorbehalten.



DREILÄNDER-TAGUNG
„Öffentlicher Dienst und gesellschaftlicher Zusammenhalt“
4. und 5. Mai 2017

Tagungsbericht

Bei den Referaten und der anschließenden Diskussion wurden Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede deutlich. Während in Deutschland bei den Themen Repräsentativität und Diversität fast ausschließlich über die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert wird, steht in Österreich die Geschlechterdiversität im Vordergrund. In der Schweiz kommt darüber hinaus der Repräsentation der verschiedenen Sprachregionen und Kantone eine besondere Bedeutung zu.

Bei der Einführung starrer Quoten zur Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen werden Konflikte mit dem Leistungsprinzip gesehen. Solche Widersprüche müssten nach Ansicht von Frau Dr. Schaerer aber ausgehalten werden. Zudem entstünde eine bewusste Auseinandersetzung mit der Vielfalt, wenn die Einhaltung von Sollwerten überprüft werde.

Im zweiten **Themenblock „Interkulturelle Kompetenz im öffentlichen Dienst“** stellte Prof. Dr. Katharina Pabel von der Universität Linz den Entwurf des österreichischen Integrationsgesetzes vor. Nach der derzeitigen Konzipierung würde der Entwurf erstmals diverse Punkte für eine Integration in Österreich formulieren, allerdings auch den staatlichen Vollzug vor unterschiedliche Herausforderungen stellen. Anschließend berichtete Sibylle Stolz, Integrationsbeauftragte der Stadt Luzern, über den professionellen Umgang mit Vielfalt und betonte dabei, wie wichtig es sei, das „Potenzial der Vielfalt“ zu nutzen und „Diversität als Chance“ zu begreifen. Zur Sensibilisierung von Verwaltungsmitarbeitern/-innen wird regelmäßig ein trinationales Seminar unter Beteiligung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz veranstaltet. Dabei werde verdeutlicht, wie unterschiedlich die Menschen schon rund um den Bodensee denken.

Hans-Ulrich Benra, Stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, wies in seinem Vortrag über die Beschäftigung von Migranten im öffentlichen Dienst u.a. darauf hin, dass sich die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten verändert habe und dass sich die Vielfalt der Gesellschaft bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes widerspiegeln müsse. Dazu müsste das Interesse junger Menschen für den öffentlichen Dienst geweckt und Hemmnisse bei Bewerbungen abgebaut werden.

Zum Abschluss des ersten Tages fand ein Abendempfang im Foyer der Landesvertretung Baden-Württemberg statt. Bei einem Glas Wein ließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Abend ausklingen und diskutierten die bei den Diskussionen aufgeworfenen Fragen weiter.



DREILÄNDER-TAGUNG

„Öffentlicher Dienst und gesellschaftlicher Zusammenhalt“

4. und 5. Mai 2017

Tagungsbericht

Der zweite Tag begann mit dem dritten **Themenblock „Krise als Anstoß für Veränderungsprozesse im öffentlichen Dienst“**. Nach der kurzfristigen Absage von Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid von der Hertie School of Governance wurde über dieses Thema leider nur in zwei, dafür aber sehr unterschiedlichen Bereichen referiert: Prof. Dr. Caroline Brüesch, Leiterin des Instituts für Verwaltungs-Management an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften, beleuchtete die Systemwende der Energiewirtschaft in der Schweiz. Prof. Dr. Wolfgang Gratz von Gratz und Partner OG in Wien analysierte anschließend die Erfahrungen mit dem Management der Flüchtlingskrise in Österreich.

Prof. Dr. Wolfgang Gratz kritisierte etwa, dass die Entwicklungen der Flüchtlingszahlen im Sommer 2015 in Österreich aus seiner Sicht „vorhersehbar“ gewesen seien, sodass ihn die „Überraschung der Behörden überrascht“ habe. Gut funktioniert habe hingegen die Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern, sodass insbesondere auf kommunaler Ebene individuelle Lösungen bei der Aufnahme und Unterbringung entwickelt wurden. Wichtig sei, dass die Probleme reflektiert würden und die Verwaltung sich selbst hinterfrage, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Bei der anschließenden Diskussion wurde geäußert, dass zumindest in Deutschland ein Theoriedefizit im Bereich Governance und somit weiterer Forschungsbedarf hinsichtlich neuer Lösungen in der Koproduktion von Verwaltungen mit der Zivilgesellschaft bestehe.

Damit war die Überleitung zum letzten Themenblock und zu Dr. Elke Löffler, Chief Executive von Governance International (Birmingham), erfolgt. Dem Thema entsprechend erhielt der **Impulsvortrag „Älter, bunter, digital: Wie öffentliche Verwaltungen durch Koproduktion mit Bürgerinnen und Bürgern soziale Innovationen umsetzen“** durch aktive Einbindung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Seminarcharakter. Nach einer Einführung in die Thematik verdeutlichte Frau Dr. Löffler, wie ihrer Ansicht nach Wirkungen von Koproduktionsansätzen verbessert werden können und berichtete von einzelnen Projekten.

Mit dem Frageposter „Die Mitmach-Stadt“ war ein weiteres interaktives Element in die Gestaltung des Vortrags eingebunden. Schon am Morgen waren die Teilnehmer/-innen der Dreiländer-Tagung dazu aufgerufen, mit Hilfe von Klebepunkte ihre Meinung zu acht Thesen zur Koproduktion abzugeben. Die Auswertung des Meinungsbilds erfolgte im Rahmen der



DREILÄNDER-TAGUNG
„Öffentlicher Dienst und gesellschaftlicher Zusammenhalt“
4. und 5. Mai 2017

Tagungsbericht

abschließenden **Podiumsdiskussion „Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Kooperation des öffentlichen Dienstes mit der Zivilgesellschaft“**. Neben Dr. Elke Löffler nahmen daran teil Mag. Gernot Maier, Abteilungsleiter Grundversorgung Bundesministerium des Innern (Wien), Dieter Lehmann, Leiter Amt für Familie und Soziales, Stadt Schwäbisch Gmünd, Dr. Holger Krimmer, Leiter der Geschäftsstelle Zivilgesellschaft in Zahlen, und Birger Hartnuss, Referent Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und zugleich Mitglied des Bürgernetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.

Nach den Eingangsstatements wies der Moderator, Prof. Dr. Dieter Schimanke, auf die Diskrepanz hin, dass fast alle Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer der These widersprochen haben, dass Verwaltungsmitarbeiter/-innen darauf bedacht seien, die aktive Mitarbeit von Bürgern zu fördern, während gleichzeitig fast alle der Meinung waren, dass innovative Lösungen entstehen und Qualitätsverbesserungen öffentlicher Leistungen erreicht werden können, wenn sich Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen. Auch wenn es verschiedene Formen der Koproduktion schon seit langer Zeit gibt, worauf Herr Dr. Krimmer etwa in Hinblick auf die Arbeiterwohlfahrtsverbände hinwies, besteht offenbar noch Entwicklungspotenzial bei der Zusammenarbeit des öffentlichen Dienstes mit der Zivilgesellschaft. Mag. Maier vom österreichischen BMI wies in Anknüpfung an den Vortrag von Prof. Gratz darauf hin, dass zwischenzeitig die Erfahrungen des Jahres 2015 ausführlich analysiert worden seien und auch in zukünftige Projekte und Organisationskonzepte einfließen würden. Zudem sei der Gesetzgeber dazu aufgerufen, im Krisenmanagement klarere Leitlinien vorzugeben.

Zur Verabschiedung wies Prof. Schimanke noch auf die nächsten Tagungen hin. Die Jahrestagung der Deutschen Sektion findet am 16. und 17. November 2017 zum Thema „Verwaltungshandeln und Flüchtlingskrise“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg statt. Dem Thema Migration und Integration widmet sich aus internationaler Perspektive auch das Internationale Institut für Verwaltungswissenschaften beim nächsten IIAS-Kongress vom 30. Mai bis 2. Juni 2017 in Aix-en-Provence, Frankreich. Die nächste Dreiländer-Tagung findet in zwei Jahren in Österreich statt.